

Der Konflikt in Kolumbien – geprägt durch die internationale Konjunktur und benutzt als Vorwand für Interventionen in ganz Lateinamerika

Am 5. Februar 2003 war Héctor Mondragón für einen Vortrag in Bern. Héctor ist Ökonom und Aktivist. Er berät seit Jahren die kolumbianischen Indigenen- und Kleinbauernbewegungen. In einer brillanten Analyse bettet er den kolumbianischen Konflikt in den weiteren lateinamerikanischen und weltweiten Kontext ein.

Für Héctor Mondragón ist klar, dass der kolumbianische Konflikt meistens vereinfacht wiedergegeben wird. Die öffentliche Meinung wird im Glauben gelassen, die Gewalt in Kolumbien habe erst mit dem Drogenhandel begonnen. Für Héctor ist der immer entfesseltere Krieg in Kolumbien das Resultat des Zusammenspiels der internationalen Konjunktur (Wirtschaftskrise) und des historischen Herrschaftsmodells Kolumbiens, das am Ursprung des Konfliktes stand. Durch die Börsenkrise, bei der die Aktientitel zwischen 30% und 70% an Wert verloren, haben viele Investoren massive Verluste erlitten, die sie nun so schnell wie möglich wieder wett machen müssen. Héctor führt aus, dass der Krieg schon immer ein Mittel gewesen sei, mit dem sich die Reichen und Mächtigen kurzfristig wirtschaftlich erholen konnten. Heute steht aber auch noch ein anderes wichtiges Ziel im Vordergrund: die USA müssen sich für den wirtschaftlichen Aufschwung die Zufuhr billiger Energie sichern, v.a. Erdöl und elektrische Energie.

Obwohl die USA in steigendem Masse schon länger militärisch in Kolumbien eingreifen, wird der absehbare Irakkrieg auch auf Kolumbien und dessen Nachbarländer direkte Konsequenzen haben. Die Kriegsstimmung wird einer offenen militärischen Intervention in Lateinamerika eine breitere Legitimation verschaffen. Héctor zeigte auf, wie nicht nur im Irak, sondern auch in Kolumbien Erdöl eine wichtige Rolle spielt. Das zeigte sich bei der Ausarbeitung des Plan Colombia. Mit dem Plan Colombia sollte offiziell die kolumbianische Demokratie und der Rechtsstaat gestärkt, das Wirtschaftswachstum gefördert, der Drogenhandel beendet und der Frieden erlangt werden. Bisher sind diese erhofften Resultate jedoch nicht ersichtlich. Für viele war der Plan Colombia aber ein einträgliches Geschäft, so für Monsanto, die Unmengen an Round-up für die Cocabesprühung liefern konnte, für General Dynamics, die Helikopter liefert, oder für Dyncorp, deren Söldner die Sprühflugzeuge pilotieren. Ganz besonders profitieren aber die Ölfirmen, die ja in der Regierung Bush gute Interessenvertreter haben. Als der Plan Colombia im US-Kongress diskutiert wurde, forderten die Senatoren Dewine, Grasseley und Coverdell von Kolumbien, hauptsächlich die Erdölindustrie zu fördern. 1999 und 2000 bot die staatliche kolumbianische Erdölfirma ECOPETROL daraufhin extrem viele Erdöllagerstätten zur Exploration und zur Ausbeutung an: die Fläche, auf der Erdöl gesucht oder ausgebeutet wird, ist seit Beginn des Plan Colombia um 500% gestiegen.

Aber das Interesse an Erdöl geht über Kolumbien hinaus. Am 10. April 2000 schrieb Coverdell in der Washington Post, dass sich die US-Militärintervention nicht nur wegen der Situation in Kolumbien rechtfertige, sondern auch um Venezuela zu kontrollieren. Venezuela ist der wichtigste Erdöllieferant für die USA in der westlichen Hemisphäre, hat aber eine für die USA unkontrollierbare Regierung. Kürzlich liess Coverdell verlauten, wenn die USA schon den weitentfernten Irak angreifen, müssten sie erst recht in Venezuela, Ecuador und Kolumbien intervenieren, die ja in ihrem Hinterhof liegen. Ecuador ist ebenfalls ein Ölland, hat eine starke Indigenenbewegung und seit kurzem einen den USA nicht sehr genehmen Präsidenten. Aus dem Plan Colombia wurde so die Andeninitiative, offiziell um ein Überschwappen des kolumbianischen Konfliktes auf seine Nachbarländer zu verhindern. Tatsächlich ist der kolumbianische Konflikt jedoch der Vorwand, um auch über die

Nachbarländer Kontrolle ausüben zu können. Zu Beginn des Plan Colombia war der Putumayo in der Grenzregion zu Ecuador das Hauptaufmarschgebiet, in Ecuador selbst betreiben die USA die Luftwaffenbasis Manta. Seit einigen Monaten ist das Departement Arauca neues Kriegslabor des Plan Colombia. Im Rahmen des von der Regierung Uribe unmittelbar nach Amtsantritt verhängten Ausnahmezustand wurden Teile Araucas zu Sonderzonen öffentlicher Ordnung erklärt, mit weitgehenden Vollmachten für die Armee, und US-Truppen bilden kolumbianische Bataillone aus, um Pipelines von US-Multis zu sichern. Arauca hat die momentan grössten Ölreserven Kolumbiens und liegt an der Grenze zu Venezuela! Die Intervention in Venezuela ist aber auch schon im Gang: nach einem versuchten Staatsstreich am 11. April 2002 findet seit Dezember 2002 ein von den Arbeitgebern angeführter Streik statt. Dabei wurde insbesondere der staatliche venezolanische Erdölkonzern lahmgelegt und damit die Regierung Chavez empfindlich getroffen. Möglich machte die Lahmlegung unter anderem die US-Informatikfirma S.A.I.C., die die venezolanische Ölproduktion weitgehend automatisierte und in die Lahmlegung einwilligte. Die Chefs der S.A.I.C. sind ehemalige CIA-Mitarbeiter. Diese Sabotage führte zu wirtschaftlichen Schäden und Einnahmeausfällen, wie sie von einem massiven Bombardement hervorgerufen werden könnten.

Die unter dem Deckmantel des kolumbianischen Konfliktes betriebene Interventionsstrategie der USA verfolgt mittel- und langfristig noch ein weiteres Ziel: die Durchsetzung des Lateinamerikanischen Freihandelsabkommens ALCA. Kolumbien kommt dabei eine Schlüsselrolle zu, ist es auf Grund seiner geographischen Lage doch als gigantische Verkehrsdrehscheibe geradezu prädestiniert. Die weitestgehende Erschliessung und Durchdringung Lateinamerikas durch die US-Wirtschaft hat gigantische Infrastrukturpläne zur Folge: der Plan Puebla - Panamá PPP, der interozeanische Kanal Atrato - San Miguel oder Atrato - Truandó im Grenzgebiet des Darien zwischen Kolumbien und Panamá sowie die Initiative zur Integration der regionalen Infrastruktur Südamerikas IIRSA. Nebst dem erwähnten interozeanischen Kanal sind allein in Kolumbien verschiedene Schnellstrassen nach Venezuela, die weitere Schiffbarmachung verschiedener Flüsse und der Bau neuer grosser Häfen, sowohl an Flüssen als auch an der Pazifikküste geplant. So soll der Meta-Fluss privatisiert und genau in einem Indianerreservat ein neuer Hafen gebaut werden, um Güter per Schiff bis fast nach Bogotá transportieren zu können. Ähnliche Pläne gibt es für den Amazonas und seine Zubringer, um zusammen mit einem Stück Auto- oder Eisenbahn Brasilien einen Zugang zum Pazifik zu eröffnen. Hinzu kommt die geplante Hochspannungsleitung von Südamerika quer durch ganz Zentralamerika bis nach Kalifornien, das nach einer spekulativen, missglückten Privatisierung der Elektrizitätswerke unter Stromknappheit leidet. Im Departement Antioquia, im Nordwesten Kolumbiens, sind riesige Staudämme zur Stromgewinnung geplant oder schon im Bau.

Um all diese Megaprojekte herum vollzieht sich in Kolumbien ein extremer Landkonzentrationsprozess. Alte und neue Grossgrundbesitzer, Drogenbosse, Politiker und Spekulanten versuchen, sich wenn nötig mit Gewalt die begehrten Ländereien unter den Nagel zu reissen, da der Wert dieser Ländereien durch die Erschliessungsprojekte enorm steigen wird. Dieser Konzentrationsprozess geht mit Massakern und Vertreibungen durch die Paramilitärs einher. Ebenso hätte der ALCA zur Folge, dass die Unveräusserbarkeit der kollektiven Landtitel der Indigenen und der letzte Rest an Schutzzöllen für Landwirtschaftsprodukte aufgehoben werden müssten. Die USA brauchen für ihre subventionierten Agrarüberschüsse Freihandel! Gegen diese Pläne regt sich jedoch in Kolumbien und in ganz Lateinamerika der Widerstand. In Bolivien und Paraguay haben sich Campesinos organisiert, um Privatisierungen zu verhindern oder eine andere Drogenpolitik zu fordern, in Argentinien hat sich das Volk gegen die Wirtschaftskrise organisiert, in Ecuador und Brasilien ist es sozialen Bewegungen gelungen, mit ihren Kandidaten das Staatspräsidium zu erringen. Im Oktober 2002 trafen sich in Quito Zehntausende von Indios aus ganz Lateinamerika, um anlässlich eines Ministertreffens gegen den ALCA zu demonstrieren. Diese Volksbewegungen sind eine Gefahr für die US-Pläne mit dem ALCA. Die kolumbianische Regierung steht jedoch voll hinter den US-Plänen, und fordert sogar von

sich aus eine Militärintervention der USA. Der kolumbianische Präsident Uribe verkündete u.a. in Davos, Kolumbien sei eine grosse Gefahr für die westliche Hemisphäre, schlimmer als die Achse des Bösen. Er rief die USA auf, ihre Truppen nach der erfolgreichen Intervention im Irak direkt nach Kolumbien zu schicken.

Sorgen bereiten den USA besonders Brasilien. Schon im April 2001 rieten Bushs Berater, Brasilien wie 1964 zu einem Freund zu machen. 1964 gab es in Brasilien einen Militärputsch. Durch die Drogenbekämpfung im Süden Kolumbiens verschieben sich die Coca-Pflanzungen immer mehr in Richtung Brasilien, und ein reger Drogenhandel spielt sich in der Grenzregion zu Brasilien schon ab. Das wird den USA bald den Vorwand geben, mit Soldaten an der brasilianischen Nordgrenze zu stehen oder gar unter dem Deckmantel der Drogenbekämpfung in Brasilien selbst militärisch zu intervenieren. Im Süden Brasilien stehen ebenfalls schon US-Truppen. Im Rahmen der Operation „Neue Horizonte“ bauen US-Truppen in Paraguay Schulen und Strassen, offiziell zumindest. Für Héctor Mondragón ist jedoch klar, dass die dort stationierten US-Truppen bereit stehen, um Brasilien und Argentinien unter Kontrolle zu halten, ebenso wie die unbotmässigen Cocobauern und Indios Brasilien oder die Kleinbauern Paraguays, die sich erfolgreich gegen die Privatisierung der Telekommunikation gewehrt haben.

Wie wir gesehen haben, leisten in ganz Lateinamerika verschiedene soziale Organisationen und Volksbewegungen Widerstand gegen den Neoliberalismus, den ALCA und die US-Intervention. Nirgends müssen sie dafür jedoch einen so hohen Preis bezahlen wie in Kolumbien. Im Schatten des bewaffneten Konfliktes kamen in den letzten drei Jahren jährlich zwischen 150 und 180 Gewerkschafter ums Leben. Es ist jedoch keine ziellose, allgemeine Gewalt. Die Gewerkschafter werden gezielt umgebracht, weil sie sich beispielsweise in strategischen Sektoren gegen die Privatisierungen wehren, so in der Erdölindustrie, in der Stromproduktion und –versorgung, im Gesundheitswesen und im Bildungssektor. Die Kleinbauerngewerkschaft Fensuagro hat in fünfzehn Jahren 1700 Mitglieder verloren, von der Linkspartei Unión Patriótica kamen seit 1985 annähernd 4000 Mitglieder ums Leben, vom einfachen Mitglied bis zu Senatoren und Präsidentschaftskandidaten. In einer solchen Situation grenzt es schon an ein Wunder, dass es überhaupt noch eine so kräftige Sozialbewegung gibt, die weiterhin den festen Willen hat, zivilen Widerstand gegen den ALCA, die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen und gegen den Krieg zu leisten.

Für weitere Auskünfte: fachstelle.bern@askonline.ch oder 031 / 311 40 20
www.askonline.ch